O-3 SPD-Unterbezirk Region Hannover

Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen

Beschluss:

Die SPD im Bezirk Hannover setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive Mitarbeit von Genoss:innen strukturell zu unterstützen:

1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommunaler Ebene sowie auf Ebene des Landes, des Bundes und auf Europaebene werden die Spitzenkandidaturen, also die Listenplätze 1, mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere Positionen in Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden ausgebaut. Dazu gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der Mitgliedschaft zur Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von Co-Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von Netzwerken.
3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.
4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und Bundesebene werden – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – als hybride Sitzungen durchgeführt.
5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt werden.

Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen, Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung von Funktionen zu ermöglichen.

Überweisen an

Bezirksvorstand

Stellungnahme(n)

Der Antrag wird als Material an den Bezirksvorstand verwiesen. Zusätzlich wird die aktuelle Richtlinie zur Aufstellung zur Kommunalwahl erarbeitet und im Sinne des Antrages ergänzt.